

Hans-Jürgen Perrey: Der Rußlandauschuß der Deutschen Wirtschaft. Die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen der Zwischenkriegszeit. Ein Beitrag zur Geschichte des Ost-West-Handels. (Studien zur modernen Geschichte, Bd. 31.) R. Oldenbourg Verlag, München 1985. 422 S.

Die vielfältigen Probleme des Ost-West-Handels sind immer wieder Gegenstand tagespolitischer Debatten. Das Für und Wider außenwirtschaftlicher Beziehungen zu den Ländern des kommunistischen Machtbereichs, insbesondere zu den Staaten Ostmitteleuropas, legt die Frage nahe, ob sich nicht historische Erfahrungen finden lassen, die als Beurteilungsmaßstab und Handlungsanleitungen dienen können. Das Beispiel der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen in den 20er und 30er Jahren findet in diesem Zusammenhang seit einiger Zeit besondere Beachtung. Vor allem zwischen 1930 und 1933 erlebte diese Kooperation eine Intensität, die erst zu Beginn der 70er Jahre wieder erreicht wurde. Damals brachte die Konfrontation des privatwirtschaftlichen Einzelunternehmers mit der Allmacht des sozialistischen Außenhandelsmonopols eine richtungweisende Erscheinung hervor, die Gründung des „Rußlandauschusses der Deutschen Wirtschaft“, der 1952 als Modell für die Bildung des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft diente, dem heute die Vertretung der Gesamtwirtschaft für das Aufgabengebiet Osthandel obliegt.

Nachdem in früheren Jahren die DDR-Geschichtswissenschaft den Rußlandauschuß der Zwischenkriegszeit als Kampforgan des deutschen Kapitalismus beschrieben und diffamiert hatte, wird nun in der vorliegenden Hamburger Dissertation die erste umfassende, seriöse Untersuchung dieses historischen Themas vorgenommen. Der Autor läßt sich dabei von der Einsicht leiten, daß „ungeachtet völlig unterschiedlicher außen- und weltpolitischer Rahmenbedingungen ein hohes Maß wirtschaftsgeschichtlicher Kontinuität“ zu konstatieren sei. Er unternimmt den Versuch, die Geschichte des Rußlandauschusses von seiner Gründung im Herbst 1928 bis zu seiner Auflösung im Sommer 1941 zu beschreiben und setzt sich zum Ziel, „die oft schwer zu durchschauende und komplexe Interdependenz von Staat und privatwirtschaftlicher Interessenvertretung im Rußlandhandel, die Möglichkeiten und Grenzen wirtschaftlicher Einflußfähigkeit und Einflußnahme auf staatliche Entscheidungen und Handlungen aufzuhellen“ (S. 7). Seine Perspektive bezieht er nicht etwa aus dem Blick zurück – vom Entscheidungsjahr 1941 – aus, auch nicht allein aus der Zeit selbst, sondern aus der genannten Prämisse einer im wesentlichen ungebrochenen Kontinuität von 1928 bis in die Gegenwart hinein. Das wird ihm ermöglicht durch die Konzentration seiner Darstellung auf das Alltagsgeschäft dieser „verbandsähnlichen Zentralstelle“, auf die Hervorhebung der verbandsinternen Sicht der Probleme. Dazu dienten ihm verstreute Quellen im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, des Bundesarchivs, einiger Firmenarchive, zeitgenössische Publikationen und Mitteilungen sowie die tatkräftige Unterstützung und Förderung der Arbeit durch Otto Wolff v. Amerongen, dem derzeitigen Vorsitzenden des Ostausschusses. Schwerpunkt der Darstellung mit etwa zwei Dritteln des Umfangs bilden die letzten Jahre der Weimarer Republik. Die Entstehung des Ausschusses wird hierbei in das traditionelle Bild von der Rapallo-Ära in den deutsch-sowjetischen Beziehungen hineingestellt. Kennzeichnend dafür ist das bereits durch andere Studien ins Wanken geratene Paradigma, wonach ein „dauerhaftes, stabiles und auf ehrliche Verständigung zielendes Verhältnis“ zwischen beiden Staaten angestrebt worden sei.

Die dennoch Ende der 20er Jahre krisenhaften und durch eine zunehmende Politisierung gekennzeichneten Wirtschaftsbeziehungen sieht Hans-Jürgen Perrey allein durch die Erzwingung eines sowjetischen Außenhandelsmonopols gefährdet, worauf die deutsche Seite mit der Gründung eines eigenen Koordinierungsorgans antworten mußte. Anderslautende Thesen, vor allem in der kommunistischen Geschichtsschrei-

bung, werden kurzerhand vom Tisch gewischt. Nach P. entwickelte sich der Ausschuß dann in seiner ersten Phase zu einem „Hilfsorgan der Reichsregierung“, das 1931/32 sogar selbsttätig völkerrechtlich verbindliche Wirtschaftsvereinbarungen aushandelte. Damals dachte man im Auswärtigen Amt schon daran, den Rußlandausschuß zu einem für ganz Osteuropa zuständigen Gremium auszubauen.

Trotz enger personeller und sachlicher Kooperationen bildete sich freilich auch ein Gegen- und Nebeneinander, bei dem sich der Ausschuß in der Regel erfolgreich um die Durchsetzung vitaler Interessen der Wirtschaft gegenüber der staatlichen Exekutive bemühte. In diesem Zusammenhang meint P. zeigen zu können, daß „Pressure groups“ über weniger Macht und Einfluß verfügen, als ihnen gemeinhin unterstellt wird. Die geringe Einflußfähigkeit der Wirtschaft und ihrer Verbände erklärt er mit der mangelnden Geschlossenheit der Unternehmen, die auch durch den Ausschuß nicht vollständig erreicht werden konnte. Bei den Firmen herrschte meist ein kurzsichtiges, geschäftliches Interesse vor, so daß die politischen und gesamtwirtschaftlichen Belange letztlich in den Händen der Politiker und der Ministerialbürokratie verblieben. Das galt noch stärker ab 1933, wo der Autor eine „Gleichschaltung“ des Ausschusses konstatiert und die Auffassung vertritt, daß die Durchsetzung privatwirtschaftlicher Interessen gegen staatliche im NS-System „schlichtweg unmöglich“ gewesen sei.

In der zweiten Phase habe die Entwicklung des Ausschusses einen ambivalenten Verlauf genommen, indem er einerseits bedeutungsloser wurde – weil der Wirtschaftsverkehr mit der UdSSR stark rückläufig war –, und andererseits an Bedeutung gewann, als „Handlanger staatlicher Außenwirtschaftsoperationen“ und als halbamtliche Nebenstelle der Reichsministerien gegenüber der Privatwirtschaft. Die Zeit des Hitler-Stalin-Paktes wird schließlich nur kurz gestreift, weil hier das Modell einer intersystemaren Wirtschaftskooperation vollends auf den Kopf gestellt worden sei, die Waffen- und Rohstoffgeschäfte nahezu ausschließlich zwischen den Regierungen ausgehandelt und fast völlig in den Dienst der Kriegsvorbereitung gestellt wurden. Ende und Neuanfang, von der Auflösung des Rußlandausschusses 1941 bis zur Gründung des umfassenderen Ostausschusses 1952 bilden als kurzen Ausblick den Schluß der Darstellung.

Ihr Wert liegt wohl vor allem in der Sammlung und Aufbereitung der Verbandsinterne, die unsere Einsicht in die Funktionsweise und inneren Probleme eines solchen industriellen Organs unter den besonderen Bedingungen des Ost-West-Geschäftes vertiefen. Insofern liefert sie auch hervorragendes Anschauungsmaterial für eine vergleichende Betrachtung der Funktion und Tätigkeit des Ostausschusses bis in die Gegenwart hinein. Auch wenn die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen nach wie vor das Gravitationszentrum bilden dürften, so haben sich gleichwohl durch die Herausbildung des RGW und die individuellen, oft sehr speziellen Beziehungen zu den einzelnen Staaten Ostmitteleuropas neue Probleme und Aufgaben entwickelt, für die man in der Vergangenheit kaum verlässliche Maßstäbe und Vergleichsmöglichkeiten finden dürfte, von technischen Einzelfragen der Kooperations- und Finanzierungsmodelle einmal abgesehen.

So nützlich eine solche Verbandsgeschichte im Einzelnen auch sein mag, bei der historischen Einordnung kann man selbstverständlich zu durchaus anderen Bewertungen und Erkenntnissen gelangen, die dann auch die Kernthese von der Kontinuität industrieller Interessenpolitik bzw. der relativen Einflußlosigkeit auf staatlich-politisches Handeln in Frage stellen könnten. Wenn man in diesem Sinne etwa davon ausgeht, daß für die Gestaltung der deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen in der Zwischenkriegszeit das ungebrochene, seit Hitlers Machtübernahme zur Leitlinie deutscher Außenpolitik erhobene Hegemoniestreben gegenüber den Staaten Ostmitteleuropas, dem künftigen „Lebensraum im Osten“, eine wichtige Rolle gespielt hat, dann wird man jegliche Parallelen mit der Zeit nach 1945, wo die deutsche Ostpolitik unter gänz-

lich veränderten Zielsetzungen agierte, denen sich wohl auch der Osthandel angepaßt hat, mit einiger Skepsis betrachten können.

Freiburg

Rolf-Dieter Müller

Marion Frantzioc: Die Vertriebenen. Hemmnisse und Wege ihrer Integration in der Bundesrepublik Deutschland. Mit einer kommentierten Bibliographie. (Schriften zur Kultursoziologie, Bd. 9.) Dietrich Reimer-Verlag. Berlin 1987. 426 S., 17 Tab., 38 Abb.

Nachdem die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Vertriebenenproblematik über zwei Jahrzehnte ein Randdasein in der Wissenschaft geführt hat, ist sie in den letzten Monaten mehr und mehr in den Mittelpunkt neuer Forschungen gerückt. So sind in mehreren Bundesländern umfangreiche Forschungsprojekte zur Thematik der Eingliederung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge entstanden, und die Zahl der Dissertationen, die sich mit denselben Themen beschäftigen, steigt wieder. Eine herausragende Stellung unter diesen Arbeiten nimmt die bei Prof. Stagl angefertigte soziologische Dissertation an der Universität Bonn von Marion Frantzioc ein. Diese Untersuchung hat umfangreiches Material aus den historischen, wirtschaftswissenschaftlichen und ethnologischen Bereichen zusammengestellt und unter soziologischen Fragestellungen und Kategorien ausgewertet. Sie hat als Ergebnis gezeigt, welche Bedeutung die Thematik für die Soziologie besitzt.

Nach einer kurzen Einleitung (S. 15 ff.) gibt die Vf.in zum Auftakt ihrer Darstellung einen geschichtlichen Rückblick auf die deutsche Ostsiedlung (S. 19 ff.) mit ihren Ursachen, ihrer Bedeutung und ihren Formen. Sie hat diesen informativen Teil ihrer Arbeit mit einer Reihe von Landkarten veranschaulicht, wobei sie die einzelnen Gebiete der deutschen Ostsiedlung vorstellt. Im Anschluß geht sie auf die Wurzeln und Hintergründe der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten ein (S. 44 ff.). F. fügt dabei die deutsche Vertreibung in den Begriff der „Zwangswanderung“ des 20. Jahrhunderts ein, die in der Regel Nationalitätenprobleme lösen sollte. Besonders bei der Vertreibung der Deutschen kamen dazu noch machtpolitische Gründe und deutlich auch politische Ziele hinzu. Das sehr aufschlußreiche Kapitel über „Flucht und Vertreibung als Integrationshemmnis“ (S. 63 ff.), dessen Lektüre manchem Bundesbürger zu empfehlen wäre, der im Zweiten Weltkrieg außer einem von Besatzungssoldaten geplünderten Garten nichts verloren hat, zeigt die inneren Schwierigkeiten der Vertriebenen auf, sich in ihrer neuen Umwelt zurechtzufinden. Aus den Hinweisen werden aber auch die auf die westdeutschen Gebiete mit den Vertriebenen zukommenden Neuerungen und Wandlungen deutlich.

Die beiden folgenden Kapitel der Arbeit sind deren Kern. Während das erste „Hemmnisse und Antriebskräfte der Integration der Vertriebenen in der Frage des Zustroms, der Aufnahme und der Unterbringung in Westdeutschland“ (S. 82 ff.) untersucht, beschreibt das zweite „Die Wege der Integration der Vertriebenen – Formen und Wandlung“ (S. 189 ff.). Die Vf.in stellt im ersten Kapitel zuerst die Begriffe „Vertriebene“ und „Flüchtlinge“ in ihrer historischen Entwicklung im Nachkriegsdeutschland vor, wobei sie den Definitionen des Bundesvertriebenengesetzes folgt. Im Anschluß gibt sie eine Darstellung der „Vertriebenen als Träger von Wandlung und Neuerungen in Westdeutschland“. Die Millionen von Heimatvertriebenen in den westlichen Besatzungszonen (wobei die französische sich vorerst weigerte, Vertriebene aufzunehmen!) haben in diesem Gebiet entscheidende gesellschaftliche Wandlungen herbeigeführt. Die unter häufig unschönen Begleiterscheinungen erzwungene Aufnahme der Vertriebenen in den deutschen Kommunen und Dörfern, die offen geschildert wird, hatte die vielfältigsten Bemühungen zur Folge, den Verlust der Heimat, vorab aber